



In Deutschland wurde Ende Oktober 2009 der Startschuss für eine riesige Schweinegrippe-Impfkampagne gegeben. 50 Millionen Impfdosen gegen das A/H1N1-Virus sollen republikweit verimpft werden. Ein notwendiger Schritt, um Schlimmeres zu verhindern, behaupten Virologen und Politiker. Panikmache, erwidern die Gegner dieser Aktion und bezweifeln die Unabhängigkeit der Entscheidungsträger in der WHO und bei der Ständigen Impfkommission. Die Verunsicherung ist groß. Bei potenziellen Impfkandidaten sowieso, aber auch bei Ärzten, die ihre Patienten vom Nutzen präventiver Leistungen überzeugen sollen. Hinzu kommt in Berlin ein Streit ums Geld. Die Vertreterversammlung der KV Berlin verweigerte Verträge unter 7,10 Euro für die Erstimpfung. Doch der rot-rote Senat wollte die Preise drücken – und hatte sich daraufhin den Hausärzterverband als Verhandlungspartner ausgesucht. Genutzt hat es ihm aber auch nichts. Eine Impfkampagne wird zum Poker um Macht und Geld.

Die Massenimpfung A/H1N1 oder:

# Der Machtkampf mit dem Impfbesteck

Von Reinhold Schlitt

Das hat es in der Geschichte der Kassenärztlichen Vereinigung noch nicht gegeben. Mit einem einstimmigen Beschluss verbietet die KV-Vertreterversammlung dem Vorstand, eine Schweinegrippe-Impfvereinbarung unter 7,10 Euro abzuschließen. Was den Protokollanten des obersten KV-Souveräns am späten Abend des 8. Oktober da in die Feder diktiert wurde, markierte einen – wenn auch nur vorläufigen – Endpunkt in der seit Monaten schwelenden Auseinandersetzung um ein „einigermaßen akzeptables“ Impfhonorar für die jetzt bundesweit angelegene Massenimpfung gegen das A/H1N1-Virus. Zwar müssen die Krankenkassen für die immensen Kosten dieser Impfkampagne aufkommen, doch nicht ihnen, die sie diesmal geschickt hinter der Frontlinie blieben, haben die Kassenärzte den Streit verkündet, sondern dem rot-roten Berliner Senat.

Dessen Gesundheitsverwaltung unter Leitung von Katrin Lompscher (Die Linke) hat für die regionale Durchset-

zung einer bundesweiten Rechtsverordnung zu sorgen und sucht seither fieberhaft nach Impfkapazitäten. Keine leichte Aufgabe. Die Unterhändler von Wowereit und Co. wissen, dass eine solche Massenaktion ohne die niedergelassenen Ärzte nicht zu stemmen ist. In ihrem Szenario sind deshalb 2.000 Berliner Arztpraxen fest eingeplant. Doch deren Bezahlung soll, so ein KV-Vertreter, zu „Dumpingpreisen“ erfolgen. Seit Monaten pokern KV-Vorstand und Senatsgesundheitsverwaltung um ein – wie auch immer – akzeptables Honorar: 7,10 Euro für eine Einfachimpfung. Im September soll Staatssekretär Benjamin Immanuel Hoff (Die Linke) nach KV-Blatt-Informationen sogar mit der Information überrascht haben, ein anderer Stadtstaat hätte einen Preis von 4,08 Euro geboten.

## Wo Impfungen 21,79 Euro kosten

Bei rund 5 Euro war man schließlich angekommen. Dann aber schien nichts mehr zu gehen. Die KV-Vertreter zogen die Reißleine. Eines ihrer Argumente: Nach einer offiziellen Senatsstatistik hat

eine Impfung durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) bereits im Jahr 2005 durchschnittlich nicht weniger als 21,79 Euro (ohne Impfstoff) gekostet. Doch dieselbe Verwaltung wollte den freiberuflichen Ärzten nicht einmal ein Viertel dieser Kosten zugestehen. Dabei, so ein Internist in jener denkwürdigen Vertreterversammlung, sei selbst der Preis von 7,10 Euro „ein wahres Geschenk“, wie die Ärzte-Zeitung später süffisant protokollierte.

Doch die Unterhändler des rot-roten Senats gaben nicht auf: Bereits kurze Zeit nach dem ultimativen Beschluss der KV-Vertreterversammlung haben sie mit dem hiesigen Hausärzterverband Verhandlungen aufgenommen. Der stand allerdings vor keiner komfortablen Situation. Jedes Ergebnis unter der Mindestforderung von 7,10 Euro hätte die im Verband ohnehin vorhandenen Spannungen wegen der Verhandlungsstrategie beim §-73-b-Vertrag mit AOK und IKK noch vergrößert. Dies umso mehr, als alle in der KV-Vertreterversammlung sitzenden Mitglieder des Hausärzterverbandes (einschließlich der



Fortsetzung von Seite 13

verbandseigenen Opposition „Gruppe 73“) den „Sieben-Euro-Zehn-Beschluss“ mitgetragen und teils sogar mit initiiert haben. Und dass der Hausärzteverband unterm Strich das bekommen würde, was der KV Berlin nicht zugestanden wurde, war nicht zu erwarten.

Doch: Was ist verhandelbar und was nicht? Schon vor einer endgültigen Entscheidung kursierte im Hausärztereich eine rege Korrespondenz zu der Frage, wie der eigene Verband sich zum Thema verhalten soll. Einerseits wurde davor gewarnt, sich „auf Teufel komm raus“ gegenseitig das Wasser abzugraben und damit zu einer weiteren Spaltung der Ärzteschaft beizutragen, andererseits aber auch darauf insistiert, „sich (nicht) aus Honorargründen zu verweigern“.

Wie auch immer. Wäre der Hausärzteverband tatsächlich handelseinig geworden, hätten er oder seine Abrechnungsgesellschaft auch die konfliktträchtige Verantwortung für die Auswahl jener 2.000 Arztpraxen gehabt, die nach fester Planung des Senats impfen dürfen.

### Noch viel Aufklärung nötig

Über die Hälfte der Bundesbürger sah laut einer Umfrage von Infratest-Dimap\* zufolge derzeit keine Notwendigkeit für eine Impfung gegen die Schweinegrippe. 39% der repräsentativ Befragten würden sich auf keinen Fall gegen die Schweinegrippe impfen lassen, 27% würden wahrscheinlich nicht zur Impfung gehen. 19% würden sich wahrscheinlich impfen lassen, während weitere 12% sich nicht ganz sicher seien, eine Impfung zu wollen.

\* im Auftrag des ARD-Morgenmagazins, veröffentlicht am 16.10.2009

### Bayern: Hausärzteverband fiel der KV in den Rücken

Zusätzlicher Zündstoff wurde zudem aus Bayern gereicht. Der dortige Hausärzteverband unter Leitung von Wolfgang Hoppenthaller hatte nach Angaben der KV Bayerns die KV-Verhandlungsstrategie für ein angemessenes Impfonorar mit einem Dumping-Preis von 5 Euro zunichte gemacht. Dieser Vorgang hat bundesweit für Empörung gesorgt. Die KV Bayerns hatte nach Angaben ihres hausärztlichen Vorstands Gabriel Schmidt einen Preis von 7,67 Euro für die Erst- und 5 Euro für die Zweitimpfung in die Verhandlungen eingebracht und sei

sich dabei sogar mit dem Bayerischen Gesundheitsministerium einig gewesen. Schmidt bezeichnete das Angebot des Hausärzteverbands als „unmoralisch“.

Die Berliner haben sich all das erspart. Ein Vertrag zwischen ihnen und dem Senat kam nicht zustande. Statt dessen soll nun jeder Arzt für sich per Unterschrift unter einen Einzelvertrag entscheiden, ob er zum Preis von nun 5,50 Euro für die Erst- und 4,50 Euro für die Zweitimpfung mitmacht. Noch bevor die Arztpraxen Post zum Thema bekamen, flatterte vielen von ihnen ein „MEDI“-Rundschreiben ins Haus. Der für seine bisweilen unkonventionelle Öffentlichkeitsarbeit (U-Bahn-Fernsehen) bekannte Verband schrieb: „Wir empfehlen Ihnen, nicht auf unwirtschaftliches Verlangen einzugehen. Unsere Impfpreise in Berlin sind nicht verhandelbar. (...)“

Immerhin – der Aufwand für eine solche A/H1N1-Impfung scheint weit größer als der für eine „normale“ Gripeschutzimpfung zu sein. Die Versicherungs der potenziellen Impflinge in der Bevölkerung wächst angesichts immer neuer Horrormeldungen über das Zustandekommen der ganzen Aktion zusehends und das erfordert eine zeitaufwendige Aufklärung über Risiken und Nebenwirkungen, zu der ein Arzt bereits aus haftungsrechtlichen Gründen verpflichtet ist.

Und das, obwohl auch so mancher Arzt von der ganzen Impfkaktion selbst nicht überzeugt zu sein scheint. Als unter den 31 anwesenden Mitgliedern der schon erwähnten KV-Vertreterversammlung



Hat sich beim Impfpreis nicht runterhandeln lassen: Stephan Bernhardt, der mit anderen für den Berliner Hausärzteverband mit dem Senat verhandelte



Schaden besichtigt, Optimismus verbreitet: Senatorin Lompscher vor der Presse in Berlin

lung gefragt wurde, wer von ihnen sich gegen das A/H1N1-Virus selbst impfen lassen würde, haben gerade einmal vier von ihnen die Hand gehoben. Pessimismus, den auch das Institut für Arbeitsmedizin der Charité konstatieren musste. Dessen Vertreter, Prof. Buchholz, hat am 13. Oktober vor rund 400 niedergelassenen Ärzten in der Charité über eine nichtrepräsentative Umfrage seines Hauses berichtet, wonach 31% derer, die auf eine entsprechende Frage geantwortet hätten, eine Impfung ablehnten und weitere 38% zum Zeitpunkt der Umfrage noch unentschlossen waren.

#### Zweifel an der Unabhängigkeit der Informationen

Allenthalben versuchen die für die Impfstoff- bzw. Impfstrategie relevanten wissenschaftlichen Institute, darunter das Robert-Koch-Institut, Aufklärung unter Ärzten zu betreiben und eine Versachlichung der Diskussion zu erreichen. Doch bislang gleicht dies dem sprichwörtlichen Kampf gegen Windmühlen. Kassenärztliche Vereinigung, Ärztekammer und Senatsgesundheitsverwaltung haben im Oktober zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung geladen, doch die Veranstalter waren sich auch dort nicht einig. Während sich beispielsweise die Vertreterin der Gesundheitsverwaltung, Dr. Marlen Suckau, und auch geladene Experten des Robert Koch-Instituts redlich mühten, offene Fragen der Ärzte zu beant-

worten, ging Ärztekammerpräsident Günter Jonitz in ungewöhnlich scharfer Form auf Distanz. Er bezweifelte die Unabhängigkeit der gegebenen Begründungen zur Notwendigkeit der Impfung, wie sie die Ständige Impfkommission und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vertreten. Die epidemiologische Bedrohung durch das A/H1N1-Virus sei durch die WHO selbst festgelegt worden. Dazu müsse man wissen, so Jonitz, dass in dem entsprechenden Gremium rund die Hälfte der Mitglieder Vertreter von Pharmafirmen sei. Und auch unter den Ehrenamtlichen in der Ständigen Impfkommission sei wohl kein Vertreter auszumachen, der als unabhängig im ärztlichen Sinne gelten könne. Vor diesem Hintergrund sei die Unabhängigkeit der fachlichen Informationen zur Notwendigkeit der A/H1N1-Impfung mehr als fraglich.

Den potenziellen Impfkandidaten unter den Berliner Patienten nützt das alles nichts. Sie wollen von ihren Ärzten wissen, woran sie sind. Doch wie das funktionieren soll, wenn „nicht einmal die oberste Heeresleitung sich hinter die Impfkation stellen will oder kann, ist mir schleierhaft“, sagte eine Kreuzberger Allgemeinmedizinerin dem KV-Blatt.



Beim Preis gilt Geschlossenheit: Hausarzt Elstermann von Elster bei einer Infoveranstaltung zur Neuen Influenza

Neue Influenza A/H1N1

## Hotline auch für Arztpraxen

Die Berliner Bezirke haben am 22. Oktober ein telefonisches Beratungsangebot zur Impfung gegen die Neue Influenza A/H1N1 eingerichtet. In diesen Beratungsstellen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden fachliche und logistische Fragen der Arztpraxen und Arbeitsmedizinischen Dienste, die Impfungen durchführen, beantwortet.

Die Beratungsstellen sind erreichbar: Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 09.00 bis 16.00 Uhr, Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr.

Gesundheitsamt	Telefon
Charlottenburg-Wilmersdorf	90 29-166 61
Friedrichshain-Kreuzberg	902 98-83 67
Lichtenberg	902 96-49 00
Marzahn-Hellersdorf	902 93-31 00
Mitte	90 18-451 23
Neukölln	68 09-26 66
Pankow	902 95-28 69 und 902 95-29 39
Reinickendorf	902 94-50 30
Spandau	902 79-44 00
Steglitz-Zehlendorf	902 99-22 33
Tempelhof-Schöneberg	902 77-71 00
Treptow-Köpenick	902 97-47 72

## Welche Arztpraxis impft?

Wer wissen will, welche Arztpraxen sich an der Schweinegrippe-Impfung des Senats beteiligen (z. B. um Patienten Auskunft geben zu können), kann die jeweils aktuelle Liste einsehen unter [www.berlin.de/impfen](http://www.berlin.de/impfen)